

d'où l'on puisse induire que Reinhardt avait le droit de contracter pour Tissières et Bétrisey. Au contraire, soit d'après le télégramme du 9 octobre — par lequel Jaillet-Besson priait Reinhardt de faire son possible pour engager 40 000 litres —, soit d'après le préambule de la convention écrite — qui indique Reinhardt comme simple intermédiaire et non point du tout comme le représentant de l'une ou l'autre des parties —, soit enfin d'après la lettre de Jaillet-Besson du 13 octobre — demandant un contrat revêtu de la signature des vendeurs eux-mêmes —, il semble bien que ni Reinhardt ne se soit donné ni le défendeur ne lui ait attribué le rôle d'un mandataire autorisé à conclure au nom des demandeurs. Dans ces conditions, l'instance cantonale était fondée à juger que, bien qu'ayant chargé Reinhardt de placer leur récolte à un prix déterminé, Tissières et Bétrisey n'en avaient pas moins conservé toute liberté d'accepter ou de refuser le contrat simplement préparé et proposé par le courtier — et par conséquent aussi de ne le conclure qu'à concurrence des quelques milliers de litres qu'en fin de compte ils ont consenti à vendre au défendeur et qu'en fait ils lui ont livrés.

*Le Tribunal fédéral prononce :*

Le recours est rejeté et le jugement attaqué est confirmé.

**32. Urteil der I. Zivilabteilung vom 29. Mai 1923**  
i. S. Blackburn and Sons gegen Iten.

Örtliche Rechtsanwendung bei Distanzkauf. Bedeutung des Erfüllungsorts. Anrufung schweizerischen Rechts im Prozess. Rückweisung an die kantonale Instanz zur Beurteilung nach dem massgebenden ausländischen Recht?

A. — Am 15. Juli 1918 teilte der Beklagte Iten in Flüelen den Klägern Blackburn and Sons in Bolton (England),

mit denen er im Geschäftsverkehr stand, mit, er sei bereit, mit ihnen ein neues Geschäft abzuschliessen, und ersuchte um Angabe der äussersten Notierung für Garn 100/1 DW Qualität « wie früher ». Die Kläger antworteten am 24. Juli, der heutige Preis für 98 DW Egyptian, « wie gehabt », sei 78 d per Pfund, « gewohnte Konditionen »; ihr Spinner habe aber nicht versprechen können, in den nächsten Monaten Lieferungen zu übernehmen. Auf Anfrage des Beklagten, mit welcher Lieferfrist die Kläger einen Kontrakt von 30,000 Pfund übernehmen könnten, berichteten diese am 20. August, der Preis betrage nun 79 d, Lieferung im November beginnend. Hierauf telegraphierte der Beklagte am 29. August, er akzeptiere 25,000 Pfund 98 einfach, gewohnte Qualität, Lieferung November beginnend; gleichen Tages bestätigte er brieflich den Empfang der klägerischen Offerte und sein Annahmetelegramm.

Die Kläger bestätigten ihrerseits am 3. September 1918 den Abschluss wie folgt: « Wir haben mit unserm Spinner gesprochen, und obwohl er genötigt war, in der Zwischenzeit seinen Preis um einen weiteren Penny zu erhöhen, haben wir doch das Vergnügen, Ihnen mitzuteilen, dass es uns möglich war, 25,000 Pfund Nr. 98 super carded bei ihm zu plazieren, gewohnte Qualität, « gewohnte Bedingungen », Lieferung im November beginnend, was wir Ihnen hiemit bestätigen. »

Die Faktur für die erste Lieferung von 5500 Pfund zu 79 d = total 1765 £ 3 s 4 d datiert vom 18. Februar 1919. Im März 1919 langte eine zweite Faktur, datiert 14. März 1919, über 5504 Pfund, im Betrag von 1766 £ 8 s 8 d, beim Beklagten ein.

Diese Faktur wurde vom Beklagten am 25. März 1919 den Klägern mit dem Bemerken zurückgesandt, er könne keine weiteren Lieferungen annehmen, da die Kläger ihm durch Unterlassung rechtzeitiger Lieferung die Möglichkeit genommen haben, das Garn weiter zu verkaufen.

Hierauf erwiderten die Kläger am 5. April 1919, dass sie sich auf die Annullierung des Restes des Kontraktes

keinesfalls einlassen können; das ganze Garnquantum sei gesponnen und eingepackt; die Lieferung sei rechtzeitig erfolgt.

B. — Da die weiteren Unterhandlungen sich zer-  
schlugen, hoben die Kläger die vorliegende Klage an,  
mit der sie vom Beklagten Zahlung des Kaufpreises für  
beide Garnlieferungen (vom 18. Februar und 14. März  
1919), im Gesamtbetrag von 3604 £ 6 s 2 d nebst Zinsen  
fordern, und die zweite, nicht angenommene Sendung  
ihm zur Verfügung stellen.

C. — Der Beklagte machte eine Schadenersatzforde-  
rung von 8700 £ kompensationsweise in der Höhe der  
klägerischen Forderung geltend, und beantragte, die  
Klageforderung sei in vollem Umfange abzuweisen bzw.  
als mit der Schadenersatzforderung, die auf 8700 £,  
eventuell nach richterlichem Ermessen festzusetzen sei,  
kompensiert zu erklären.

D. — Das Kreisgericht Uri hat die Klage nur in Bezug  
auf die erste Garnlieferung vom 18. Februar 1919 ge-  
schützt, und den Beklagten demgemäss zur Zahlung von  
1765 £ 3 s 4 d, nebst 6 % Zins seit 1. Juli 1919, an die  
Kläger verurteilt, im übrigen dagegen die Klage, sowie  
die Gegenforderung des Beklagten abgewiesen, mit der  
Begründung, es liege ein Fixgeschäft vor, weshalb der  
Beklagte berechtigt gewesen sei, ohne Fristansetzung  
vom Vertrag zurückzutreten.

E. — Auf Appellation beider Parteien hat das Ober-  
gericht des Kantons Uri unterm 14. Februar 1923 das  
Urteil des Kreisgerichts « in Motiven und Dispositiven  
bestätigt ».

F. — Gegen das Urteil des Obergerichts haben beide  
Parteien die Berufung an das Bundesgericht erklärt,  
mit den Anträgen:

a) die Kläger: die Klageforderung sei im vollen Be-  
trage von 3604 £ 6 s 2 d nebst 6 % Zins seit 1. Juli 1919  
gutzuheissen;

b) der Beklagte: die Klage sei gänzlich abzuweisen,

der Beklagte sei nicht verpflichtet, die zweite Teil-  
lieferung der Kläger anzunehmen, die noch nicht be-  
zahlte erste Lieferung sei mit der geltend gemachten  
Schadenersatzforderung, die gutzuheissen sei, zu ver-  
rechnen.

*Das Bundesgericht zieht in Erwägung:*

1. — Die Parteien nehmen übereinstimmend an, dass  
der im Kaufvertrag vom 29. August u. 3. September 1918  
enthaltene Hinweis auf die « gewohnten Bedingungen »  
oder die « gehabtten Konditionen » sich auf einen im Jahr  
1916 zwischen ihnen abgeschlossenen Garnkontrakt be-  
ziehe, und dass also der vorliegende Vertrag aus jenem  
früheren zu ergänzen sei. Der Vertrag von 1916 bestimmte  
nun aber einerseits, dass die Warenlieferungen « frei  
Bord (free on board = « fob ») englischer Hafen » zu er-  
folgen haben, andererseits dass der Kaufpreis in englischer  
Währung per Check auf London zahlbar sei. Also war für  
beide Parteien der Erfüllungsort in England, was auch  
der Auffassung der kantonalen Instanzen entspricht:  
die Verkäufer hatten die Verpflichtung, die Ware dem  
Käufer in England zur Verfügung zu stellen, und der  
Käufer hatte den Kaufpreis dort zu bezahlen.

Ist dem aber so, so muss nach der Praxis des Bundes-  
gerichts angenommen werden, dass die Parteien die  
Wirkungen des Kaufes von Anbeginn an dem englischen  
Recht, als demjenigen des Erfüllungsortes, haben  
unterstellen wollen. Denn das Bundesgericht hat in einer  
Reihe von Entscheidungen (s. insbes. BGE 48 II 393)  
ausgesprochen, dass bei obligatorischen Rechtsgeschäften,  
und namentlich Kaufverträgen, die Unterwerfung unter  
das Recht des Erfüllungsortes in der Regel als mut-  
masslicher Parteiwille anzusehen sei, und infolgedessen  
die Vertragswirkungen nach diesem Recht zu beurteilen  
seien. Für eine gegenteilige Annahme liesse sich hier  
höchstens anführen, dass die Parteivertreter, speziell  
der Anwalt des Beklagten, im Prozess Bestimmungen

des SOR angerufen haben. Allein dieser Umstand genügt an sich nicht, um die Vermutung der Unterstellung unter das Recht des Erfüllungsortes zu entkräften, sondern es müsste sich aus den sonstigen Verumständen ergeben, dass der Wille der Parteien wirklich schon bei Begründung des Rechtsverhältnisses dahin ging, vom Recht des Erfüllungsortes abzusehen, und das inländische Recht als massgebend anzuerkennen (vergl. BGE 47 II 551, 553 f.; 48 II 393). An Anhaltspunkten für eine solche Annahme fehlt es im vorliegenden Falle gänzlich.

2. — Kann somit auf die Berufung mangels Anwendbarkeit eidgen. Rechtes nicht eingetreten werden, so könnte sich nur noch fragen, ob die Sache nicht an die Vorinstanz zwecks Beurteilung nach englischem Rechte zurückzuweisen sei. Allein zu einer solchen Massnahme besteht um so weniger Veranlassung, als ein dahingehendes Begehren nicht gestellt worden ist, und auch nicht anzunehmen ist, dass die Entscheidung anders ausfallen würde, als nach dem angefochtenen Urteil, indem nach englischem Recht die Zeitbestimmungen, wenigstens bei den Verträgen des Handelsverkehrs, als *essentialia negotii* gelten, und insbesondere Vereinbarungen über Warenverschiffungstermine strikte innezuhalten sind (vergl. SCHIRRMESTER, Bürg. Recht Englands I 610 ff.). Zudem durfte, da die Parteien sich im kantonalen Verfahren auf das zutreffende englische Recht offenbar nicht berufen und es nicht nachgewiesen haben, nach allgemeinen zivilprozessualischen Grundsätzen die Vorinstanz das SOR als präsumptives englisches Recht anwenden.

*Demnach erkennt das Bundesgericht :*

Auf die Berufungen wird nicht eingetreten.

**33. Arrêt de la II<sup>e</sup> Section civile du 7 juin 1923**  
dans la cause **dame Richard contre La Winterthur.**

Contrat d'assurance contre les conséquences de la responsabilité civile : bien que s'étendant à la responsabilité personnelle du chauffeur du preneur d'assurance, l'assurance ne couvre pas le dommage résultant d'un acte que le chauffeur a accompli à l'insu et contre la volonté du patron (par exemple en faisant monter dans la voiture des personnes rencontrées sur sa route).

Suivant police du 30 mai 1917, La Winterthur a assuré, pour une durée de dix ans, M. Henri Rueff, à La Chaux-de-Fonds, « contre les demandes en dommages-intérêts qui pourraient être formulées contre lui en sa qualité de propriétaire d'une voiture automobile de luxe en vertu des prescriptions du CO et du CCS à la suite d'accidents corporels de tierces personnes. » Cette assurance a été conclue sur la base d'une proposition, contenant réponse affirmative à la question suivante : « Désirez-vous couvrir aussi la responsabilité *personnelle* du chauffeur découlant d'accidents causés par suite de courses faites par ordre et avec la voiture du preneur d'assurance. » Cette extension de l'assurance à la responsabilité personnelle du chauffeur n'a pas été constatée par le moyen usuel d'un avenant, mais elle est expressément reconnue par la C<sup>te</sup>.

Le 4 décembre 1919 Rueff a chargé son chauffeur Piemontesi de ramener sa voiture de Vevey à Neuchâtel. Entre St-Aubin et Bevaix, Piemontesi a rencontré la demanderesse et sa sœur Mina von Gunten et les a invitées à prendre place dans la voiture ; à Boudry il a encore fait monter la mère de la demanderesse. Près de Serrières, par suite d'une fausse manœuvre de Piemontesi, une collision s'est produite avec la voiture de M. Henri Dubied. La demanderesse a subi de graves lésions.